
**Protokoll
über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 24.11.2004**

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Ort: Stadthaus, Raum 6046, Am Packhof 2-6 in 19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Gajek, Silke BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Hubert, Rudolf

ordentliche Mitglieder

Leppin, Patricia	Unabhängige
Bürger	
Littwin, Thomas	
Maier, Elke	
Möller, Sebastian	PDS
Munzert, Thomas	CDU
Redmann, Irene	SPD
Ruppenthal, Thomas	

stellvertretende Mitglieder

Hilbig-Fischer, Franziska	
Kowalk, Peter	CDU
Schmidt, Norbert	
Villwock, Regina	

Verwaltung

Borchardt, Detlef
Joachim, Martina
Seifert, Heike

Schriftführer

Stolp, Heiko

Leitung: Silke Gajek

Schriftführer: Heiko Stolp

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Abstimmung über TO
2. Mitteilungen der Verwaltung
3. Grundsatzanfrage - Beschluß des HA am 16.11.2004 über interfr. Antrag - Herr R. Hubert
4. Arbeitspapier Qualitätsentwicklung als jugendpol. Strategie für die LH SN
5. Sonstiges
- 5.1. Antrag Diakoniewerk Neues Ufer Rampe - Landesmittel für Kindertagesstätten

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Abstimmung über TO

Protokoll:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Gajek, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Anschließend stellt sie die form – und fristgemäße Ladung fest. Folgende Änderungen zur Tagesordnung werden festgelegt. Ergänzung hinter TOP 2: Grundsatzanfrage von Herrn Hubert, Behandlung eines Antrages der Diakonie im TOP 5. Der TOP 4 wird auf die nächste Sitzung des UA im Dezember verschoben.

Beschluss:

Somit wird die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

AL 49, Frau Seifert berichtet, dass momentan Arbeitsgespräche mit den Trägern der Kinder und Jugendarbeit geführt werden. Im Beschluss des HA vom 16.11.2004 ist eine falsche Haushaltsstelle aufgeführt und im IB muss eine falsche Angabe korrigiert werden, vielmehr heißt die richtige Summe 125.400,00 Euro

zu 3 Grundsatzanfrage - Beschluß des HA am 16.11.2004 über interfr. Antrag - Herr R. Hubert

Protokoll:

Herr Hubert stellt folgende Anfrage zur Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses für die Bereiche Beratungsdienste/ Seniorenarbeit, Kinder - und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Schwerin:

1. Ich begrüße und würdige ausdrücklich, dass im Hauptausschuss ein interfraktioneller Antrag ohne Gegenstimme angenommen wurde, der in Punkt 1 den Oberbürgermeister auffordert, für die Bereiche Beratungsdienste/ Seniorenarbeit, Kinder - und Jugendarbeit die Ansätze des Haushaltes 2004 für den Haushaltsplan 2005 in Ansatz zu bringen. Des weiteren würdige ich ausdrücklich, dass der Oberbürgermeister in seinen Ausführungen den Primat der Politik bei den Zielvorgaben und Schwerpunktsetzungen hervorhob.

Um der Intention des Beschlusses gerecht zu werden, habe ich Anfragen zur Umsetzung und bitte alle politisch Verantwortlichen im Ausschuss, meine Anfragen bzw. Anregung in ihren Parteien und Fraktionen zu beraten. Zur Umsetzung des Hauptausschusses muss m.E. am 06.12. 04 in der Stadtvertretung ein interfraktioneller Antrag eine Mehrheit finden, der Punkt 1 des Hauptausschussbeschlusses bestätigt, insbesondere dahingehend, dass er klarstellt, dass der Beschluss den gesamten UA 47000 (Beratungsdienste/ Seniorenarbeit; Volumen ca, 600.000 €) neben den Haushaltsstellen für die Kinder, - Jugend - und Jugendsozialarbeit umfasst.

2. Wirksam wird die Intention des Hauptausschussbeschlusses nur, wenn es dazu einen Auftrag an die Verwaltung durch Stadtvertreterbeschluss gibt, für diese Bereiche die Ansätze 2004 insofern 2005 in Ansatz zu bringen, dass noch im Dezember 2004 für das kommende Haushaltsjahr rechtsfähige Bescheide - besonders für den Sozialbereich - erteilt werden.

3. Im zweiten Teil des Hauptausschlussbeschlusses geht es einerseits um die „Aufrechterhaltung der Angebote“

4. Der Hinweis andererseits auf die Prioritätenlisten muss m.E. neben den

vielfältigen Beratungsergebnissen im Jugendbereich nicht nur die Prioritätensetzung im Bereich Beratung und Seniorenarbeit aus dem Jahr 2001, sondern vielmehr die erneuten intensiven Beratungen im Jahr 2003 und das entsprechende Ergebnis der Aushandlung zwischen Verwaltung und freien Trägern, das einstimmig als Votum des Sozialausschusses im Dezember 2003 verabschiedet wurde, entsprechend im Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess berücksichtigen und würdigen. Aufmerksam machen möchte ich auf die Aussage der Verwaltung in ihrer Vorlage vom 31. 07.2003, in der deutlich beschrieben wird, dass die Priorisierung vorgenommen wurde, „um zumindest die Finanzierung eines Grundangebotes abzusichern.“,

5. Hinweisen möchte ich beim Vorhaben einer erneuten Überprüfung der Prioritätenlisten mit dem Ziel, „Einsparpotentiale zu erzielen“, darauf, dass das Ziel der Ergebnisoffenheit der Prüfung nicht zu wider laufen darf. Es könnte sich bei der Prüfung/ Überarbeitung herausstellen, dass das Ziel unrealistisch ist. Wir haben nur zwei Beratungsstellen für die gesamte Landeshauptstadt, in der allgemeine Sozialberatung nach dem fachlich verabschiedeten Kriterienkatalog stattfindet. Es ist nicht ausgemacht, ob SGB II, § 16 damit hinreichend erfüllt werden kann, denn viele Klienten werden nach wie vor nicht nur bei der Bundesagentur „auflaufen.“ Und zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes hat die Verwaltung eine unterschriftsreife Kooperationsvereinbarung mit freien Trägern erarbeitet.

6. Bei der Umsetzung des Punktes 2 des Hauptausschussbeschlusses gibt es in der Stadt Instrumentarien, die ein fachlich - faires Aushandlungsverfahren zwischen Verwaltung und Leistungsanbietern ermöglichen. Ich rege an, an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess die Liga der Wohlfahrtsverbände sowie insbesondere die AG „Beratungsdienste“, und die AG „Seniorenarbeit“, in angemessener Weise zu beteiligen.

zu 4 Arbeitspapier Qualitätsentwicklung als jugendpol. Strategie für die LH SN Protokoll:

Herr Borchert stellt das Arbeitspapier vor und erläutert via Power Point. Anschließend tritt der UA in die Diskussion. Es wird folgender Verfahrensweg vorgeschlagen:

Bis 20.01.2005 – Zuarbeiten der Änderungswünsche, Ergänzungen der Fraktionen und Träger an Steuerungsgruppe Jugendhilfe.

Januar/ Februar 2005: – Behandlung des Arbeitspapiers in der Steuerungsgruppe

März 2005 – Behandlung im UA JHPI

April 2005 – Behandlung im JHA

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der nächsten Sitzung des UAJHPI einen Sachstandsbericht über das Jugendhaus Dr. Külz Strasse zu halten. Ebenfalls soll mit der nächsten Einladung eine präzise Übersichtskarte mit der Einzeichnung der Planungsbezirke und der Nennung der darin bestehenden Träger verschickt werden.

Beschluss:

Votum: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 5

Sonstiges

Protokoll:

Bauspielplatz e.V.: Antrag auf Anerkennung als freier Träger. Die Behandlung des Antrags wird auf die nächste Sitzung des UA JHPI im Dezember 04 vertagt. Hierzu sollen die Vertreter des Verein eingeladen werden. Sie sollen die Möglichkeit erhalten ihr Vereinskonzzept vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

zu 5.1

Antrag Diakoniewerk Neues Ufer Rampe - Landesmittel für Kindertagesstätten

Beschluss:

Antrag Diakoniewerk „Neues Ufer“ Rampe: Landesmittel für Kindertagesstätten: Die Stadt möge bis zum nächsten JHA am 01.12.2004 schriftlich mitteilen in welcher Höhe die Landesmittel in den verschiedenen Betreuungsbereichen verteilt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: einstimmig angenommen
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

gez. Silke Gajek

Ausschussvorsitzende/r

gez. Heiko Stolp

Protokollführer